

Rede von Herrn Staatsminister Frank Kupfer zum Zukunftskongress Landwirtschaft am 02.12.2010 in Leipzig zum Thema: „Landwirtschaft in Sachsen erfolgreich gestalten – Positionen der sächsischen Agrarpolitik“

„Es gilt das gesprochene Wort!“

Anrede,

die Zukunft fing einst in Leipzig an - - - jedenfalls die der Landwirtschaft. Wir haben damals in unserem ersten Zukunftskongress Landwirtschaft bereits vor drei Jahren gefragt: Was kommt nach 2013?

Zwischenzeitlich haben wir für den dritten Zukunftskongress nicht nur den dritten Landwirtschaftsminister. Zwischenzeitlich schauen wir auch ein ganzes Stück weiter, in die Zeit nach 2013.

Als kleine Hilfe haben Sie dafür am Eingang einen kleinen Taschenkalender erhalten - - - passend natürlich für das Jahr 2013. Keine Angst, wir wollten damit nicht gleich zwei Jahre überspringen. Und auch als Orakel ist dieser Kalender weniger geeignet. Er soll Sie vielmehr darauf hinweisen, dass es eigentlich gar nicht mehr lange dauert, bis wir ein neues Kapitel der europäischen Landwirtschaft aufschlagen.

Wie dieses aussehen könnte, hat Kommissar Ciolos Mitte November auf der Agrarministerkonferenz in Lübeck erläutert. Seit dem 18. November liegt uns auch die entsprechende Mitteilung zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik vor: Für mich sind es Ideen mit Licht, aber ebenso viel Schatten.

Vor allem sehe ich sie als Momentaufnahme und als guten Ausgangspunkt für die nun folgenden Diskussionen.

Zu den wichtigsten Seiten des neuen Kapitels gehört für mich, dass Kommissar Ciolos sowohl das Zwei-Säulen-Modell erhalten möchte als auch den Weg in Richtung freier Märkte weiter geht.

Insofern ist es gut, dass die Milchquotenregelung 2014/15 ausläuft und die Kommission den Marktpartnern Spielregeln für die Zukunft an die Hand geben wird. Nur so kann sich die Produktion tatsächlich am Markt ausrichten. Sicher, wie wir heute wissen, mit Höhen und Tiefen. Und doch sehe ich dafür keine Alternative.

Momentan befinden wir uns in Europa auf der Suche nach den richtigen Antworten, nach den richtigen Instrumenten, um den Markt in Zukunft besser gestalten zu können. Die Diskussionen werden unter der Überschrift „Sicherheitsnetz“ geführt.

Ein Sicherheitsnetz steht auch für mich außer Frage, ein Sicherheitsnetz sowohl für Marktstörungen als auch für naturbedingte Risiken.

Für ersteres gibt es bereits jetzt Instrumente, die mit Blick auf die Zeit nach 2013 überprüft und effizienter gestaltet werden sollten. Richtig halte ich die Ansätze des Kommissars zur Ausweitung der Interventionsperioden, zur Ausweitung der privaten Lagerhaltung auf weitere Produkte und für besondere Klauseln für Notmaßnahmen bei Marktstörungen. Über das von Kommissar Ciolos neu ins Spiel gebrachte Element zur Einkommenssicherung wissen wir noch zu wenig. Dazu werden wir die nächsten Signale aus Brüssel noch abwarten müssen.

Zur Absicherung gegen naturbedingte Risiken ist es meines Erachtens richtig, weiterhin Lösungsmöglichkeiten anzubieten und deren Anwendung den Regionen zu überlassen. Schließlich sind die Regionen in der EU unterschiedlich stark von Naturkatastrophen betroffen. Gleichwohl darf auch mit künftigen Angeboten keine Umverteilungsdebatte verbunden werden.

Eine sehr sinnvolle Lösung ist die Risikoausgleichsrücklage - eine Forderung des Berufsstandes, die ich ausdrücklich unterstütze. Allerdings werden die Entscheidungen dazu in Berlin getroffen. Den Diskussionsstand dazu kennen Sie.

Meine Damen und Herren,

nicht in Berlin getroffen, aber dort wie auch anderswo mit großer Spannung erwartet, ist die Antwort auf die Frage: Wofür wird das Geld in Zukunft ausgegeben?

Nun, ich bin zunächst einmal froh, dass Kommissar Ciolos und auch Teile des Europäischen Parlaments sich für einen weiterhin starken Agrarhaushalt einsetzen wollen. Ich halte es wie die Kommission ebenfalls für richtig, die Landwirte auch künftig für öffentlich erbrachte Leistungen mit Hilfe der Direktzahlungen zu entlohnen. Unstrittig ist, dass in Zukunft in ganz Europa entkoppelte Direktzahlungen erforderlich sind. Sie geben der Landwirtschaft Planungssicherheit und helfen, die landwirtschaftlichen Betriebe zu stabilisieren. Hierzu teile ich die Idee einer Basiszahlung von Kommissar Ciolos voll und ganz.

Ich weiß, dass wir dabei langfristig gesehen über europaweite Anpassungen sprechen müssen: Allerdings in kleinen Schritten und auf Grundlage der derzeitigen Mittelverteilung.

Ich bin auch froh, dass Einigkeit besteht, das Wort „Modulation“ aus dem Sprachgebrauch der EU zu verbannen. Eine jährliche Mittelumschichtung von den Direktzahlungen zur zweiten Säule darf es nicht wieder geben. Wer plant und investiert, muss wissen worauf er zählen kann.

Wir lehnen ebenso den Vorschlag ab, eine Kappungsgrenze für die Direktzahlungen einzuführen. Er ist für unsere größeren Landwirtschaftsbetriebe eine Ohrfeige, denn letztendlich werden sie damit für ihre wirtschaftlicheren Einheiten benachteiligt. Für mich ist das alles andere als gerecht. Diese nun wieder entstandene Neiddebatte war überflüssig.

Auch der Kommissionsvorschlag, die Begrenzung in Form von Freibeträgen abzumildern, benachteiligt die Unternehmen, die sich mit modernen Maschinen und weniger Arbeitskräften dem Wettbewerb stellen. Das fordert Schlagzeilen wie „Scheinbeschäftigung für EU-Zahlungen“ geradezu heraus. Auch normative Werte zur Arbeitskräfteermittlung sind keine geeignete Basis, da EU-weit einheitliche Werte für die verschiedensten Produktionsverfahren nahezu unmöglich sind. Außerdem ist die Frage zu klären, wer die Arbeitskräftebindung ermittelt und kontrolliert. In unseren Verwaltungen und bei den Landwirten selbst ist schon jetzt die Schmerzgrenze erreicht. Mit Bürokratieabbau hat das Ganze rein gar nichts zu tun!

Den Vorschlag, auch zukünftig weiterhin einen Teil der Direktzahlungen als gekoppelte Zahlungen in der ersten Säule vorzusehen, nehme ich zur Kenntnis. Unter dem Stichwort „Artikel 68“ hat uns das ja bereits der Health Check 2008 beschert. Ab 2014 sollen die Mitgliedstaaten das in eigenem Ermessen fortführen können.

Ich selbst halte nichts von gekoppelten Zahlungen. Sie passen nicht in unser Regionalmodell, das bei uns die Prämienzahlungen bis 2013 vollständig entkoppelt. Schließlich sollten Produktion und Preise so wenig wie möglich verzerrt werden. Hierzu gibt es in den anderen EU-Mitgliedstaaten noch Nachholbedarf. Das wird auch Frau Bundesministerin Aigner bei ihren Gesprächen in Brüssel weiter thematisieren – unterstützt von allen deutschen Agrarministern.

Meine Damen und Herren,

große Vorbehalte habe ich bei der so genannten „Ökologisierungskomponente“ als Teil der Direktzahlungen. Auf neudeutsch spricht man vom „greening“ der ersten Säule.

Wenn beide Säulen vermischt werden, verliert die Agrarpolitik zum einen an Klarheit und Verständlichkeit. Zum anderen sind damit zusätzliche bürokratische Lasten für Landwirte und Verwaltungen verbunden. Und davon haben wir bereits jetzt jede Menge!

Es ist ja nicht so, dass die Landwirte bisher nichts für die Umwelt getan haben. Im Gegenteil! Jeder Landwirt wäre schlecht beraten, wenn er seine Produkte auf Kosten der Natur erzeugen würde. Wir haben bereits eine ganze Reihe von Stellschrauben, die dazu animieren, umweltverträglich zu arbeiten. Dass man noch mehr tun kann, will ich nicht abstreiten. Aber das heißt nicht, dass bisher nichts gemacht wurde.

Wir müssen in Europa aufpassen, dass wir nicht mit überzogenen Auflagen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft noch weiter aufs Spiel setzen. Die Amerikaner haben kürzlich in einer Analyse zur europäischen Veredlungswirtschaft geschrieben, dass deren Wettbewerbsnachteile unter anderem hausgemacht sind. Eine für uns peinliche Feststellung. Unsere Gewinnmargen werden sich nach ihrer Einschätzung im internationalen Vergleich weiter verringern. Das liegt neben den Futterkosten vor allem an der kostenintensiven Anpassung an steigende Umwelt- und Tierschutzauflagen.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch: Umwelt- und Tierschutz sind wichtige Errungenschaften unserer Gesellschaft. Daran sollten wir festhalten. Aber es gilt, ein gesundes Schrittmäß im internationalen Vergleich einzuhalten. Schließlich ist dem Tierschutz auch nicht geholfen, wenn die Tierhaltung aus Europa in Richtung Asien oder Südamerika abwandert.

Meine Damen und Herren,

Wettbewerbsnachteile bestehen aber nicht nur mit Ländern außerhalb Europas. Es gibt sie auch aufgrund natürlicher Benachteiligungen innerhalb der EU. Insofern freue ich mich, dass die Ausgleichszulage auch nach 2013 fortgeführt werden soll.

Allerdings gibt uns Kommissar Ciolos über das „Wie?“ derzeit noch ein Rätsel auf. Was gilt nun: erste und/oder zweite Säule? In der Entstehungsgeschichte der Kommissionsmitteilungen gab es ja verschiedene Zuordnungen. Nach unserer Interpretation ist die Ausgleichszulage zurzeit als ergänzende Zahlung der 1. Säule zugeordnet. In dieser Variante tun sich mir mehrere finanzielle und inhaltliche Fragen auf, ohne dass ich Vorteile erkennen könnte. Spielräume nach dem Motto: ein bisschen 1. Säule und ein bisschen 2. Säule passen nicht mit dem zwingend notwendigen Bürokratieabbau zusammen. Damit kommt meine Verwaltung in Teufelsküche. Sachsen setzt sich auch deshalb weiterhin für die Ausgleichszulage in der 2. Säule ein.

Im Gespräch ist ja passend dazu die geplante neue Gebietskulisse ab 2014. Die EU-Kommission hat den Mitgliedstaaten Vorschläge für EU-einheitliche Kriterien unterbreitet, mit denen die Gebiete mit naturbedingten Nachteilen neu abgegrenzt werden sollen. Wir haben mit diesen Indikatoren bereits erste Simulationen durchgeführt. Die Anwendung war enorm aufwendig und würde Verschiebungen zwischen jetzigen und künftigen benachteiligten Gebieten - insbesondere in den Randlagen – bringen. Diese Verschiebungen sind fachlich nur schwer nachvollziehbar. Anderen Bundesländern ging es ähnlich.

Deshalb haben wir in Brüssel die Beibehaltung des deutschen Indexsystems gefordert. Auch die anderen Mitgliedstaaten haben ihre Simulationsergebnisse der Kommission zugearbeitet. Eine Auswertung gibt es leider noch nicht. Ich gehe nicht davon aus, dass die Kommission uns die Einzelheiten noch unter den Gabentisch legt. Jedoch hoffe ich, dass wir sehr bald die Gespräche fortführen können.

Meine Damen und Herren,

worauf ich ganz besonders warte, sind fundierte Vorschläge zum Bürokratieabbau. Eigentlich habe ich beim Lesen des Kommissionspapiers ein eigenes Kapitel dazu vermisst. Leider waren nicht einmal Anregungen enthalten. Denn der bürokratische Aufwand hat inzwischen ein Ausmaß angenommen, das bei unseren Landwirten zu immer größerem Unmut führt.

Auch meine Verwaltung fragt sich, ob Aufwand und Nutzen noch im richtigen Verhältnis stehen. Das Kontrollieren von Einzelbäumen, einem Meer an Ohrmarken und letztendlich sogar der Schreibtische unserer Landwirte ist zeitraubend und sicher nicht immer zielführend.

Außerdem werden die Ansprüche an die Messgenauigkeit, die sich die EU-Forscher im schönen Ispra am Lago Maggiore ausdenken, höher und höher. Hier gilt es zu entschlacken - besonders hinsichtlich der Reduzierung der Vor-Ort-Kontrollen und der CC-Prüfgegenstände auf Kernbereiche. Ich mache auch deshalb an meiner Kritik zum so genannten „Grünlandkataster“ keine Abstriche. Ich kann keinen Mehrwert erkennen, der beim Schutz des Dauergrünlandes durch immer mehr Kriterien im Cross-Compliance-Regime entstehen soll.

Leitschnur für die Zeit nach 2013 muss eine Reduzierung auf das tatsächlich notwendige Maß an Bürokratie sein. Sinnvoll wäre es auch, gut funktionierende Systeme der einzelnen Mitgliedstaaten zu belohnen. Das spornt an, spart Ärger, Stress und Ressourcen. Denn wir alle wollen ja die Rente noch erleben. - - -

